

99017004022000

# Berufliche Rehabilitierung für politisch Verfolgte in der ehemaligen DDR, Rechtstaatswidrigkeit zur Geltendmachung von Folgeansprüchen feststellen lassen

Heruntergeladen am 29.06.2025

<https://fimportal.de/xzufi-services/6005841-99017004022000/L100009>

Modul	Sachverhalt
Leistungsschlüssel	99017004022000
Leistungsbezeichnung I	Berufliche Rehabilitierung für politisch Verfolgte in der ehemaligen DDR, Rechtstaatswidrigkeit zur Geltendmachung von Folgeansprüchen feststellen lassen
Leistungsbezeichnung II	Berufliche Rehabilitierung für politisch Verfolgte in der ehemaligen DDR, Rechtstaatswidrigkeit zur Geltendmachung von Folgeansprüchen feststellen lassen
Typisierung	2/3 - Bund: Regelung (2 oder 3), Land/Kommune: Vollzug
Quellredaktion	Sachsen

<b>Modul</b>	<b>Sachverhalt</b>
Freigabestatus Katalog	unbestimmter Freigabestatus
Freigabestatus Bibliothek	unbestimmter Freigabestatus
Begriffe im Kontext	
Leistungstyp	
Leistungsgruppierung	
Verrichtungskennung	
SDG-Informationsbereich	
Lagen Portalverbund	
Einheitlicher Ansprechpartner	
Fachlich freigegeben am	
Fachlich freigegeben durch	
Handlungsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• § 17 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Rehabilitierungsbescheinigung und Behördenzuständigkeit</li> <li>• § 22 BerRehaG– vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung</li> </ul>
Teaser	<p>Wurden Sie in der DDR aufgrund politischer Verfolgung daran gehindert, Ihren oder einen sozial gleichwertigen Beruf auszuüben? Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) sieht für Eingriffe in den Beruf oder in die berufsbezogene Ausbildung, die der politischen Verfolgung gedient haben, die Rehabilitierung und soziale Ausgleichsleistungen vor.</p>
Volltext	<p>Wurden Sie in der DDR aufgrund politischer Verfolgung daran gehindert, Ihren oder einen sozial gleichwertigen Beruf auszuüben? Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) sieht für Eingriffe in den Beruf oder in die berufsbezogene Ausbildung, die der politischen Verfolgung gedient haben, die Rehabilitierung und soziale Ausgleichsleistungen vor.</p>
Erforderliche Unterlagen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schul- und Facharbeiterzeugnisse</li> <li>• Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung der DDR</li> </ul>

Modul	Sachverhalt
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bei unrechtmäßiger Freiheitsentziehung: Strafrechtlicher Rehabilitierungsbeschluss</li> <li>• bei politischem Gewahrsam: Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz</li> </ul>
Voraussetzungen	<p>Sie waren in der ehemaligen DDR</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• infolge einer unrechtmäßigen Freiheitsentziehung (Vorlage eines Strafrechtlichen Rehabilitierungsbeschlusses notwendig),</li> <li>• infolge eines politischen Gewahrsams (Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz notwendig),</li> <li>• durch eine hoheitliche Maßnahme oder</li> <li>• durch eine andere Maßnahme, die der politischen Verfolgung gedient hat an der Ausübung ihres Berufes oder eines sozial gleichwertigen Berufes gehindert oder konnten ihre begonnene berufsbezogene Ausbildung nicht beenden.</li> </ul>
Kosten	keine
Verfahrensablauf	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beantragen Sie Ihre berufliche Rehabilitierung formlos oder über die hier in Amt24 bereitgestellten Formulare (siehe -&gt; Formulare und weitere Angebote) und fügen Sie entsprechende Nachweise (siehe -&gt; Erforderliche Unterlagen) bei.</li> <li>• Im Rahmen des Rehabilitierungsverfahrens werden, falls vorhanden und für das Verfahren notwendig, Auskünfte bei Archiven (zum Beispiel Stasi-Unterlagen-Archiv) eingeholt.</li> <li>• Nach Prüfung der Unterlagen kann bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Bescheinigung nach § 17 in Verbindung mit § 22 BerRehaG erteilt werden.</li> </ul>
Bearbeitungsdauer	
Frist	keine
weiterführende Informationen	
Hinweise	<p>Die Bescheinigung dient der Vorlage bei bestimmten Leistungsträgern. Mit ihr können:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ein rentenrechtlicher Nachteilsausgleich beim</li> </ul>

**Modul**

**Sachverhalt**

zuständigen Rentenversicherungsträger,  
• soziale Ausgleichsleistungen bei besonderer  
Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage und einer  
Verfolgungszeit bis zum 2. Oktober 1990 oder von  
mehr als drei Jahren beim örtlich zuständigen  
Sozialamt

beantragt werden.

**Rechtsbehelf**

Widerspruch (Näheres im Bescheid)

**Kurztext**

**Ansprechpunkt**

**Zuständige Stelle**

**Formulare**

**Ursprungsportal**